

Mario Kaiser

Über Folgen

Technische Zukunft und politische Gegenwart

376 Seiten • br. • € 39,90 • ISBN 978-3-942393-84-3

© Velbrück Wissenschaft, Weilerswist 2015

1. Ein Regime der Abschätzung

1.1 »Management of Reincarnation«

August 2007: Als eines der »absurderen Gesetze in der Geschichte des Totalitarismus« bezeichnet das amerikanische Nachrichtenmagazin *Newsweek* die von der chinesischen Regierung erlassenen »Verwaltungsmaßnahmen für die Reinkarnation«. Diese untersagen es buddhistischen Mönchen, ohne Einwilligung der Regierung in Tibet zu reinkarnieren. Das für die Maßnahmen zuständige Nationale Büro für Religionsangelegenheiten wird von *Newsweek* mit der Aussage zitiert, der *reincarnation ban* stelle einen wichtigen Schritt zur Institutionalisierung eines Reinkarnationsmanagements dar: »an important move to institutionalize management of reincarnation.« (Philips 2007).

Die Meldung sorgte weltweit für Empörung und ungläubiges Staunen: »Die spinnen, die Chinesen«, lautet der Kommentar der deutschen Online-Zeitschrift *Telepolis* (Corinth 2007), während die *Berliner Zeitung* hämisch titelt: »Reinkarnation – nur echt mit Zertifikat« (Bartsch 2007). Die wahren Motive hinter dieser Wiedergeburtkontrolle waren indes schnell geklärt. Laut *Newsweek* erlaubt nämlich das Gesetz Wiedergeburt nur auf dem Boden Chinas und somit dem Tibets – Reinkarnationen hingegen, die außerhalb der Volksrepublik stattfinden, werden vom Staat nicht anerkannt. Davon ist in erster Linie die Wiedergeburt des gegenwärtigen Dalai-Lama betroffen, der von Indien aus die tibetische Exil-Regierung führt und der es ablehnt, auf chinesischem Grund und Boden wiedergeboren zu werden. Würde eine von Indien aus geleitete Findungskommission den nächsten Dalai-Lama in einem Kind außerhalb Chinas identifizieren, wäre dessen Anspruch auf den Titel des religiösen und politischen Führers von Tibet infolge des Gesetzes illegitim.

Trotz dieser geradezu weltlich anmutenden Erklärung blieb die Irritation bestehen: Ein Gesetz zum Management der Reinkarnation? Die

Fortsetzung der Biopolitik über den Tod hinaus? Die staatliche Kontrolle des Lebens nach dem Tod? Neben der Entrüstung über Chinas Rücksichtslosigkeit im Umgang mit Traditionen, Werten und Kulturen seiner ethnischen Minderheiten mag sich die westliche, demokratische Gesinnung exakt an diesem Paradox gestoßen haben: *Regieren, was nicht regierbar ist.*

Paradoxa sind wie die Behauptung des Kreters Epimenides, dass alle Kreter lügen, nicht aufzulösen. Man kann mit ihnen insofern umgehen, als dass man sie zu ignorieren, zu entschärfen oder vor sich herzuschieben lernt – in der Hoffnung, dass der Widerspruch erst übermorgen bemerkt wird. Wesentlich avancierter als diese üblichen Verfahren zur Bewältigung von Paradoxa ist jedoch die von der klassischen Logik vernachlässigte Methode, dasjenige zu modifizieren und zu transformieren, welches das Paradox erzeugt. Für Epimenides hieße das, seine Glaubwürdigkeit dadurch zurückzuerlangen, dass er sich nicht mehr als Kreter, sondern als Rhodier ausgibt. Für die chinesische Regierung hingegen heißt es, das, was nicht regiert werden kann, so zu verändern, dass es *trotzdem* regierbar wird.

Bei dieser *Regierbarmachung* hatte China leichtes Spiel, da Reinkarnationen seit der Qing-Dynastie (1644–1922) unter der Obhut der »Behörde für Mongolisch-Tibetische Angelegenheiten« und somit unter Kontrolle des Kaiserhofes standen (Heberer 2008). Diese Schirmherrschaft sorgte damals schon für ein neues Verfahren zur Auffindung von Reinkarnationen »Lebender Buddhas«: Erstens hatten sich sämtliche hohen Buddhas, die als reinkarnationswürdig und -fähig galten, zu registrieren, zweitens war für eine Reinkarnation eine Genehmigung einzuholen, und drittens entschied fortan das Los der »Goldenen Urne« über die Wahl des Kandidaten. Diese neuen Prinzipien ersetzten ein traditionelles Verfahren, das mit Divinationsritualen sowie mittels einer Findungskommission Reinkarnationen von Buddhas zu identifizieren versucht hatte.¹ Zweifelsohne hatte auch diese traditionelle Methode eine Form der Regierung von Reinkarnation dargestellt, zumal sie die Wiedergeburt des Dalai Lamas und die Fortsetzung der tibetischen Theokratie beinhaltete. Allerdings: War es den traditionellen Verfahren um die eindeutige Identifizierung des reinkarnierten Buddhas gegangen, veränderten die jüngeren, chinesischen Methoden den Gegenstand insofern, als sie in die Reinkarnation ein Moment des Zufalls einbauten, um – aus Sicht des

1 Eine wesentliche Rolle spielten bei letzteren Verfahren spezielle Zeichen wie etwa ungewöhnliche Träume von Müttern neugeborener Kinder, »angeborene« Fähigkeiten und Wissen der Kinder, die sie nicht angeeignet haben konnten, sowie körperliche Merkmale. Intensiv examiniert wurden außerdem das Verhalten und die Interpretationen von Kindern, wenn diese mit Orakeln, Sinnprüchen oder Gegenständen des verstorbenen Buddhas konfrontiert wurden.

Kaiserhofes – Missbrauch zu verhindern. Statt der durch spezifische Rituale geleiteten Identifizierung der *einen* Reinkarnation, stand nun die Suche nach drei Kandidaten im Vordergrund, über die schließlich das Losverfahren, die Goldene Urne, zu entscheiden hatte. Die Religionsgemeinschaft war infolgedessen nicht mehr mit einer *bereits erfolgten* Reinkarnation, die es nur noch zu identifizieren galt, sondern mit Kandidaten für *eine mögliche* Wiedergeburt konfrontiert. Dass es sich hier in der Tat um unterschiedliche ›Gegenstände‹ handelt, belegt die dilemmatische Zwei-Dalai-Lama-Situation, die sich demnächst einstellen dürfte: Während der im indischen Exil lebende Dalai Lama seine eigene Reinkarnation nach *traditionellen* Verfahren bestimmen möchte, existiert bereits ein von der Chinesischen Regierung identifizierter Dalai Lama, der mithilfe der *aus der Kaiserzeit stammenden* Verfahren identifiziert wurde und derzeit in Peking ausgebildet wird.

Die von China im Jahre 2007 vollzogene Regierbarmachung der Reinkarnation hat indes nicht nur den Gegenstand, sondern auch das, was man den Kontext der Reinkarnation nennen möchte, grundsätzlich transformiert, reformiert und bürokratisiert. Artikel 5 der Verwaltungsmaßnahmen legt etwa fest, welche Behörden für welche Reinkarnationen zuständig sind:

Für die Reinkarnation eines Lebenden Buddhas soll ein Antragsverfahren auf Genehmigung durchgeführt werden. Das Antragsverfahren auf Genehmigung verläuft folgendermaßen: Das Verwaltungsgremium des Klosters, in dem die geplante Reinkarnation des Lebenden Buddhas ihren Sitz hat, oder die örtliche Buddhistische Vereinigung stellen bei der Abteilung für religiöse Angelegenheiten der örtlichen Volksregierung auf Kreisebene einen Antrag auf Reinkarnation. [...] Dabei werden [Reinkarnationen], die in der buddhistischen Welt einen *ziemlich großen* Einfluss haben, der Volksregierung auf Ebene der Provinz oder der Autonomen Region zur Genehmigung gemeldet; [Reinkarnationen], die einen *sehr großen* Einfluss haben, werden dem Nationalen Büro für religiöse Angelegenheiten zur Genehmigung gemeldet; [Reinkarnationen], die einen *besonders großen* Einfluss haben, werden dem Staatsrat zur Genehmigung gemeldet (Büro für religiöse Angelegenheiten 2007, Hervorhebung M.K.).

Die Reinkarnation, die wahrscheinlich aus den indischen Upanishaden im 5. Jahrhundert vor Christus in den Buddhismus gewandert ist, wird in neuer Gestalt wiedergeboren – und zwar in einem Kontext, in dem Reinkarnation zum Gegenstand von *management* gemacht wird. Und mit diesem Management werden fortan Wiedergeburten entsprechend ihrer Bedeutung an Abteilungen des Kreises, der Provinz oder gar des Staatsrates delegiert.

Die chinesische Verwaltungsreform der Reinkarnation hat in der Tat das Paradox, regieren zu wollen, was nicht regierbar ist, einer Lösung

näher gebracht: Die entsprechende Verordnung hat durch Aufgreifen spezifischer Verfahren der Qing-Dynastie den nicht regierbaren Gegenstand der Reinkarnation regierbar gemacht. Zugleich wurde ein neuer Kontext, ja geradezu eine neue soziale Realität erschaffen, in der Reinkarnation buchstäblich zu einer Sache hierarchisch organisierter Verwaltung gemacht wurde.

Im Rahmen dieser umfassenden Regierbarmachung verdient letztlich ein stiller Akteur Gehör. Die Rede ist von dem Dokument beziehungsweise dem Schrieb, der in seinem Titel die *Verwaltungsmaßnahmen für die Reinkarnation Lebender Buddhas des tibetischen Buddhismus* trägt. Von Satz zu Satz, von Paragraph zu Paragraph zieht dieser Text zunehmend Gegenstände zusammen und webt sie in eine Textur ein, die so reißfest zu sein hat, dass keine Fehlmasche für Missverständnisse und Missbräuche mehr offen bleiben darf. An seinem Ende hat der Text eine Ordnung geschaffen, mit der klar wird, was die Rolle der Goldenen Urne ist, welchen Stellenwert spezifische Behörden haben, wer Anträge auf Reinkarnation zu schreiben hat und besonders: wo Reinkarnationen buddhistischer Mönche stattfinden müssen, damit sie staatlich anerkannt werden. Müßig zu erwähnen, dass dieser Text die soziale und politische Ordnung der Reinkarnation nicht beschreibt, sondern schafft, indem er sie vorschreibt.

Schauplatzwechsel

Mit der Ankunft der Nanotechnologie in den fortgeschrittenen Industrie- und Demokratienationen hat sich seit der Jahrtausendwende ein Ensemble aus Organisationen, Diskursen, Akteuren und einem Heer von Texten gebildet, das sich der frühzeitigen Abschätzung der Folgen dieser Technologie verschrieben hat. Genauso wie der Chinesischen Regierung ist dieser Formation daran gelegen, die Folgen nicht nur abzuschätzen, sondern regierbar zu machen.

Allerdings ist die Nanotechnologie davon nicht allein betroffen: Gerade in wissenschafts- und techniknahen Diskursen kommt den intendierten, und in einem immer größeren Masse, den nichtintendierten Auswirkungen von möglichen Innovationen eine so große Bedeutung zu, dass diese immer systematischer, umfassender, ausgreifender und intensiver erforscht und abgeschätzt werden. Institutionen der Technikfolgenabschätzung, akademische Disziplinen wie die Angewandte Ethik, Rückversicherungen und Think Tanks – sie alle warten mit Prognosen, Szenarien, Reflexionen, Risikokalkulationen, Ein- und Abschätzungen von etwas auf, das noch nicht existiert und, sofern es um nichtintendierte Folgen geht, auch nie existieren sollte.

Man staunt: Wie kann über etwas mit so viel Wissen und Gewissheit gesprochen werden, das entweder noch nicht existiert oder aber bei

nichtintendierten Folgen im besten Fall auch nie existieren wird? Eine Untersuchung dieser Frage hätte bereits Jahre, wenn nicht Jahrzehnte gekostet. Unglücklicherweise lässt sich die Gesellschaft in ihrer Evolution nicht anhalten, sodass das Staunen schon bald sich neuen Verhältnissen anzupassen hatte: Wie können angesichts zukünftiger Folgen einer Technologie, die überdies erst am Horizont erkennbar ist, *heute schon* Handlungsempfehlungen, Vorschläge für eine bessere Regulierung oder neue Konzepte von *Governance* präsentiert und gutgeheißen werden? Wie ist es dazu gekommen, dass so etwas wie die Zukunft in derart kurzer Zeit regierbar gemacht wurde, wo doch jede und jeder Sterbliche zu wissen meint, dass sie sich nicht regieren lässt?

Es scheint, als ob sich die Zukunft in der kurzen Zeit zwischen dem ersten und zweiten Staunen *bereits ereignet hat und alle sich bestens darauf vorbereitet haben*. Es scheint, als ob sämtliche künftige Folgen bereits eingetreten und gekonnt mithilfe von Aktionsplänen, Gesetzen und verschiedenen Formen von *Governance* abgedeckt und reguliert worden sind. Diese Situation ist vergleichbar mit jener, die die lebenden Buddhas nach Durchsetzung der beschriebenen Verwaltungsmaßnahmen vorfanden. Auch sie mussten feststellen, dass infolge eines künftigen Szenarios, in dem ein Buddha, der heutige Dalai Lama, möglicherweise nicht auf Chinesischem Boden reinkarnieren könnte, ihre eigene Reinkarnation über Nacht neu verwaltet oder gar verunmöglicht wurde. Wie also konnte in einer Sekunde der Menschheitsgeschichte angesichts einer mehr oder wahrscheinlichen Zukunft eine mehr als 2000 Jahre alte Tradition des Geboren- und Wiedergeborenwerdens überschrieben werden? Wie konnte eine Gegenwart so unter die Regierung einer Zukunft geraten?

Die Vermutung drängt sich auf, dass ähnlich wie im Fall des Reinkarnationsmanagements auch im Kontext der massiven Abschätzung einer neuen Technologie erstens die Zukunft *regierbar* gemacht wurde und zweitens mit dieser Zukunft die Gegenwart *regiert* wird. Die vorliegende Arbeit geht dieser Vermutung anhand von vier Leitfragen nach, für deren Beantwortung erste Hinweise formuliert werden können:

Wer oder was macht so abstrakte Gegenstände wie künftige Folgen einer noch unbekanntem Technologie abschätz- und letztlich regierbar? Insofern eine Varietät von privaten und öffentlichen Institutionen, von wissenschaftlichen Diskursen und Nichtregierungsorganisationen sich der frühzeitigen Abschätzung und Regierung technologischer Folgen verschrieben haben, bietet es sich an, von einem *Abschätzungsregime* zu sprechen (Kapitel 1.3).

Wie oder mit welchen Mitteln wird etwas regierbar gemacht? Im Falle neuer Technologien vollzieht sich die Regierbarmachung, abgesehen vom Medium des Bildes, in erster Linie im Medium des Textes. Insofern dieses Instrument bislang nur unzureichend auf seine wissensgenerierenden und entscheidungsermöglichenden Fähigkeiten hin analysiert

wurde, ist der Text für eine (wissenschafts-)soziologische Methodologie so vorzubereiten, dass sie von dekonstruktivistischen Einsichten in die epistemische und soziale Kraft von semiotischen Strukturen profitieren könnte. Vor diesem Hintergrund lässt sich plausibel machen, wie *Textstrukturen* höchst abstrakte Gebilde in regierbare Entitäten transformieren und sie auf diese Weise zum Gegenstand einer Regierung der Zukunft und einer Regierung der Öffentlichkeit machen (Kapitel 2).

Was genau wird regierbar gemacht? Sind frühere Technologien wie die Gentechnologie primär auf ihre technologischen Folgen hin abgeschätzt worden, ist im Kontext der Nanotechnologie ein neuer Gegenstand hinzugetreten. Die *Abschätzung der Zukunft* (Kapitel 3) wird inzwischen von einer genauso aufwändigen *Abschätzung der Öffentlichkeit* (Kapitel 4) begleitet.

Weshalb werden abstrakte Gegenstände wie Reinkarnationen, Zukünfte und Öffentlichkeiten so intensiv, massiv und proaktiv abgeschätzt und regierbar gemacht? Diese Frage lässt sich nicht ohne Rückgriff auf ein Dispositiv der *Präemptivität* beantworten, in dem spezifischen Zukünften mithilfe von Reformen, Governancen und Flexibilisierungsmaßnahmen in der Gegenwart *zuvorgekommen* werden soll (Kapitel 5).

Trifft die Vermutung zu, dass in einem Abschätzungsregime mithilfe einer Serie von Texten eine unbekannte Zukunft sowie eine unbekannte Öffentlichkeit in regierbare Entitäten überführt werden, hätte dies markante Folgen für das Verhältnis von Gegenwart und Zukunft. Insofern sich die Existenz und Aktivität eines Abschätzungsregimes einem Dispositiv der *Präemptivität* verdankt, gewinnt die Zukunft gegenüber der Gegenwart sowohl in epistemischer als auch in politischer Hinsicht an Vorrang.

Zum einen ist über die Zukunft *mehr* bekannt als über die Gegenwart. Im Fall der Nanotechnologie sorgt die ausführliche Abschätzung ihrer künftigen Folgen dafür, dass über die Konsequenzen einiges bekannt ist – weit mehr als über das, was in der Gegenwart als Ursache dieser Konsequenzen auszumachen wäre. So verschwindet die Nanotechnologie, wie im weiteren Verlauf (Kapitel 1.2) gezeigt werden soll, geradezu hinter ihren längst bekannten Folgen.

Zum anderen zwingt die Zukunft zu einer konstanten Anpassung der gegenwärtigen Politiken. Die Antizipation einer Zukunft etwa, in der der gegenwärtige Dalai Lama auf indischem Boden reinkarnieren könnte, macht offensichtlich heute schon eine Mutation der Natur von Reinkarnation sowie einen Wandel des religiösen Kontextes nötig.

Es ist dieses Moment von *Präemptivität*, das ein Reinkarnationsmanagement mit der frühzeitigen Abschätzung von Technologien und Öffentlichkeiten im Kern verbindet: Hier wie dort werden anhand spezifizierter Zukünfte unablässig Korrekturen der Gegenwart vorgenommen. Und insofern diese Logik, die darauf abzielt, vorweggenommenen

Zukünften mithilfe von proaktiv reformierten, korrigierten oder flexibilisierten Gegenwarten zuvorzukommen, Züge einer umfassenden politischen Rationalität, wenn nicht gar politischen Ontologie trägt, ist es angebracht, den Befund einer solchen Präemptivität zuzuspitzen: Und zwar dahingehend, dass bestimmte Zukünfte immer und immer wieder zu Notständen erklärt werden, auf die in der Gegenwart, gleichsam in einem konstanten Ausnahmezustand reagiert werden muss. Die Zukunft wird zum Mittel und zum Grund für eine Regierung der Gegenwart und damit *dieser* Gesellschaft.

Angesichts dieser Regierung durch die Zukunft stellt sich *philosophisch* die Frage, ob die Zukunft mit dem modallogischen Begriff der Kontingenz noch angemessen beschrieben werden kann. Insofern die Gegenwart zu einem Effekt der Anpassung und Vorbereitung auf die Zukunft geworden ist, wird diese, so der Verdacht, angesichts der Faktizität, wenn nicht der Notwendigkeit von abgeschätzten Zukünften zunehmend flexibilisiert, possibilisiert und buchstäblich kontingentiert. *Soziologisch* hingegen steht zur Debatte, ob gegenwärtige Gesellschaftsdiagnosen auch weiterhin noch die ambivalenten Effekte einer Befreiung von den großen Erzählungen der Vergangenheit iterieren können. Indizien wie ständig drohende Finanzkrisen, potentielle Terrorbedrohungen oder die Ausbreitung von noch unbekanntem Krankheitserregern nähren den Verdacht, dass die neuen *métarécits* uns nicht mehr über die Vergangenheit, sondern die Zukunft erreichen. Sie sind die neuen Alternativlichkeiten, auf die wir zeitnah, proaktiv, flexibel, kreativ oder echtzeitig reagieren *müssen*.